

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Aidshilfe Niedersachsen Landesverband e.V.
z.Hd. Frau Christin Engelbrecht
Schuhstraße 4
30159 Hannover

Hannover, 04. Mai 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Aidshilfe Niedersachsen Landesverband e.V.

Sehr geehrte Frau Engelbrecht,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen und Ihren Mitgliedsorganisationen gerne beantworten.

Zu 1: Etats für Prävention von HIV und Geschlechtskrankheiten ausbauen

Wir unterstützen Ihre Forderung nach einer angemessenen Finanzierung in vollem Umfang. Auch aus unserer Sicht ist dieser Bereich unterfinanziert. Die Forderung, Ihnen eine verlässliche Förderung zur Verfügung zu stellen, ist daher auch Bestandteil unseres Wahlprogramms. Die von Ihnen erwähnten und von der aktuellen, von SPD und CDU getragenen Landesregierung durchgeführten Kürzungen können und konnten wir nicht nachvollziehen, weshalb sich die Fraktion der Freien Demokraten im Landtag in jeder Haushaltsberatung der vergangenen Legislaturperiode dafür eingesetzt hat, Ihnen (wieder) mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Zu 2. Menschen mit HIV vor Diskriminierung schützen

Wir Freie Demokraten stellen uns jeder Form der Diskriminierung aktiv entgegen. Die von Ihnen erwähnten HIV-Tests bei Einstellung, die Frage nach einer Infektion im Einstellungsgespräch und auch das Merkmal HIV bei allen beamtenrechtlichen Prüfungen sehen wir daher mehr als kritisch. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, diese abzuschaffen bzw. zu verbieten. Auch das Merkmal ANST (=ansteckend) bei Menschen mit HIV und Hepatitis in der polizeilichen Datenbank sehen wir aus sozial- und gesundheitspolitischer Sicht kritisch.

Zu 3. Drogenkonsum entkriminalisieren, Gesundheit schützen

Auch wir sehen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsumenten viele negative Auswirkungen hat. Aus diesem Grund begrüßen wir als Freie Demokraten, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene die Einführung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften vorsieht. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Ähnliche Forderungen hatten wir in Niedersachsen bereits 2018 im Landtag mit dem Entschließungsantrag "Cannabis entkriminalisieren - Jugendliche schützen, Verbraucherschutz und Prävention ermöglichen" Dr.s 18/1066 erhoben. Selbstverständlich setzen wir uns auch über die Frage der Cannabisfreigabe hinaus für eine Schadensminimierung ein und wollen die hierzu bestehenden Angebote wie z.B. die Substitution stärken.

Hinsichtlich des Drugchecking sind wir der Auffassung, dass es Chancen und Risiken bietet. Diese sollten wir zunächst anhand von Modellprojekten untersuchen. Drugchecking bietet Chancen, da der Gesundheitsschutz der Konsumenten gestärkt und ein besserer Einblick in den Drogenmarkt und die im Umlauf befindlichen Drogen ermöglicht wird. Allerdings birgt Drugchecking auch Risiken. Nicht jedes Produkt kann sofort auf alle gefährlichen Inhaltsstoffe überprüft werden, somit bietet Drugchecking nur eine eingeschränkte Sicherheit. Weiterhin besteht das Risiko, dass Drogen, bei denen mithilfe des Tests gefährliche Inhaltsstoffe nachgewiesen wurden, von Konsumenten an Dritte weiterverkauft werden.

Zu 4. Gesundheitsversorgung für Inhaftierte Menschen verbessern

Ihre Forderung, dass Behandlungen von Infektions- und Suchterkrankungen entsprechend den Standards in Freiheit zu garantieren sind, teilen wir. Wir wollen überprüfen, warum dies bisher nicht der Fall ist und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Fehlende finanzielle Mittel können kein Grund sein, Krankheiten nicht zu behandeln.

Ja, wir werden uns für die Vergabe von Konsumutensilien, z. B. sterilen Spritzen in Haft einsetzen.

Zu 5. Sexarbeit ist Arbeit: Rechte und Absicherung von Sexarbeiter*innen stärken

Für uns als Freie Demokraten ist klar, Prostitution ist eine gesellschaftliche Realität, die mit Risiken verbunden ist. Es ist eine Aufgabe der Politik, Stigmatisierung, Diskriminierung und gesellschaftlicher Marginalisierung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern vorzubeugen, indem die soziale und rechtliche Lage von Prostituierten verbessert wird. Dementsprechend hat sich die Fraktion der Freien Demokraten auch bereits in der Vergangenheit im Entschließungsantrag "Kein Sexkaufverbot nach Nordischem Modell - Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben - Prostitutionsberatung stärken" Drs. 18/8707 positioniert, der leider durch SPD und CDU abgelehnt wurde. Dieser Antrag enthielt auch die von Ihnen gestellten Forderungen. Wir stehen dazu, dass die Kriminalisierung von käuflichen sexuellen Dienstleistungen kontraproduktiv ist und lehnen das Nordische Modell ab. Statt Verbote zu fordern, die lediglich einen Signalwert haben, in ihrer Effektivität aber zweifelhaft sind, müssen die Rechte von Prostituierten gestärkt und Maßnahmen entwickelt werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es ist für uns selbstverständlich, dass der Zugang zu Prävention, Hilfs- und Beratungsangeboten sowie zu einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung gewährleistet sein muss. Wir werden uns daher dafür einsetzen, notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen.

Zu 6. Frauen mit HIV in Forschung und Beratung sichtbarer machen

Ja, wir werden uns für eine Ausweitung der Mittel für eine Landeskoordination für Frauen und Familien mit HIV einsetzen.

Zu 7. Medizinische Versorgung für ALLE Menschen

Wir setzen uns für eine gute medizinische Versorgung aller Menschen ein. Das betrifft auch die Behandlungen von Infektions- und Suchterkrankungen. Speziell für Menschen ohne Aufenthaltspapiere oder Krankenversicherung sind wir der Auffassung, dass das Land und die Kassen gemeinsam nach einer tragfähigen Lösung suchen müssen.

Zu 8. Flächendeckend (Schnell-)Testangebote

Für einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Thema und zur besseren Prävention solcher Krankheiten fordern wir in unserem Landtagswahlprogramm, dass landesweit kostenfrei anonyme Tests auf jegliche sexuell übertragbaren Krankheiten angeboten werden. Einsendetests sind dabei für uns eine sinnvolle Ergänzung, die es zu fördern gilt.

Zu 9. Sicherstellung einer flächendeckenden, qualitativen Versorgung von Menschen mit HIV

Für uns als Freie Demokraten ist Gesundheit eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daher brauchen wir in Niedersachsen eine flächendeckende und vor allem qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung durch alle Anbieter von Gesundheitsleistungen und selbstverständlich auch für alle gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wir wollen daher das Gesundheitssystem insgesamt zukunftssicher aufstellen. Ein wichtiger Baustein in einem Flächenland wie Niedersachsen ist dabei für uns die Telemedizin/E-Health. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass der Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung leisten kann. Um die Potenziale und Vorteile digitaler Gesundheitsleistungen für Patienten und medizinisches Personal voll ausschöpfen zu können, wollen wir alle Akteure im Gesundheitswesen in die Lage versetzen, E-Health-Anwendungen zu verstehen.

Zu 10. Verbesserung der Versorgung mit der PrEP (Prä-Expositionsprophylaxe)

Wir teilen Ihre Auffassung, dass die Versorgung mit PrEP deutlich verbessert werden müsste. Als erster Schritt müsste sichergestellt werden, dass die Landesregierung eine genaue Übersicht über die aktuelle Situation erhält. Dies hat die Fraktion der Freien Demokraten im Landtag Niedersachsen bereits versucht anzustoßen, indem sie zwei Fragen zu diesem Komplex an die Landesregierung gerichtet hat "Ein Jahr PrEP auf Rezept" Drs. 18/9294 und "Ein Jahr PrEP auf Rezept (Teil 2) - wusste die Landesregierung immer, worum es ging?" Drs. 18/9690. Sobald dies sichergestellt ist, sollte in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft überprüft werden, wie die Situation verbessert werden kann.

11. Selbstbestimmung und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für trans* und abinäre Personen

Für uns als Freie Demokraten umfasst das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit auch das Recht auf einen selbstbestimmten Umgang mit der eigenen geschlechtlichen Identität. Eventuell bestehende Hürden im Bereich der (sexuellen) Gesundheit für trans* und abinäre Personen wollen wir durch Fortbildungsangebote für Gesundheitsdienstleistende absenken.

Das derzeitige Transsexuellengesetz (TSG) sollte unserer Auffassung nach abgeschafft und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt werden, da das TSG eine solche Selbstbestimmung nicht gewährleistet, sondern insbesondere trans* und nichtbinäre Personen benachteiligt. Schon seit 2015 empfiehlt der Europarat seinen Mitgliedstaaten über die Resolution 2048, dass Personen "schnell und transparent" eine Änderung der Geschlechtsangabe möglich gemacht werden soll. Das Verfahren solle allein auf der selbstbestimmten Entscheidung der jeweiligen Person beruhen. Diese Empfehlung hat die alte Bundesregierung gänzlich ignoriert. Umso mehr freuen wir uns, dass die Ampel-Parteien im Koalitionsvertrag vereinbart haben, das Transsexuellengesetz durch ein „Selbstbestimmungsgesetz“ zu ersetzen und dass dieses Vorhaben von Bundesjustizminister Marco Buschmann zeitnah umgesetzt werden soll.

12. Aufklärung über sexuelle Gesundheit bei jungen Menschen verbessern

LSBTIQ*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung stellen wir uns entschieden entgegen und streben eine vollständige Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen an. Maßnahmen und Projekte, die aktiv gegen Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen vorgehen, wollen wir fördern - auch in ländlichen Räumen. Dies betrifft etwa psychosoziale Beratungsarbeit, Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen sowie Projekte für Erwachsene oder Seniorinnen und Senioren.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation